

Außerordentliche Vollversammlung der BBK mit Polizeieinsatz

Bei unserer letzten BBK-Vollversammlung am 8.11.2022 wurden die Anträge des UBV wegen eines angeblichen Formalfehlers nicht in die Tagesordnung zur Behandlung aufgenommen.

Daraufhin beantragten die UBV-Kammerräte/innen eine außerordentliche Vollversammlung, die laut Kammergesetz unter bestimmten Voraussetzungen auch erlaubt ist.

Für die Tagesordnung wurden die nichtbehandelten Anträge der Vollversammlung vom 8.11.22 und die auch in unserem Bezirk aktuelle Wolfsproblematik zur Diskussion und Abstimmung beantragt.

Obmann Wührer ist unserer Forderung auch nachgekommen und hat die außerordentliche Vollversammlung für 16.12.22 im RAIKA Saal anberaumt.

Da bei dieser Vollversammlung auch das Thema Wolf auf der Tagesordnung stand, haben sich dies Demokratie und Wolfsaktivisten zu Nutze gemacht und eine Demo angemeldet. Diese Demo ist im Großen und Ganzen friedlich verlaufen, da fast keine Demonstranten anwesend waren.

Ca. 10 Min. nach Beginn der Sitzung Betritt der Demoveranstalter den Sitzungssaal und hält ein Handy in der Hand. Daraufhin wird er vom Obmann der BBK aufgeklärt, dass sowohl Ton- als auch Bildaufzeichnungen verboten sind. Daraus entwickelte sich eine kurze Debatte woraufhin Obmann Wührer diesen von der Polizei entfernen ließ.

Anschließend wurde die Vollversammlung mit den vorgegebenen Tagesordnungspunkten fortgesetzt.

Das Thema Wolfsriß bei Fam. Aigner wurde andiskutiert und auf die nächste Vollversammlung verschoben.

Hier unsere eingebrachten Anträge mit dem jeweiligen Abstimmungsergebnis in kurzform:

Antrag 1 Durch die enormen Preissteigerungen bei Betriebsmittel und Energie fordern wir die Abgaben in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Niveau von 2021 einzufrieren. Abstimmungsergebnis BB abgelehnt.

Antrag 2 Sollte durch die EU-Taxonomieverordnung Holz aus dem Bauernwald nicht mehr als nachhaltige Energie deklariert werden dürfen, fordern wir den Rücktritt des EU-Abgeordneten Bernhuber sowie alle für die Land und Forstwirtschaft zuständigen N.Ö. Politiker. Abstimmungsergebnis BB abgelehnt.

Antrag 3 Österreich hat sich seit 1955 zur immerwährenden Neutralität verpflichtet. Waffenlieferungen durch Österreich sind sofort einzustellen. Um die drohende Zerstörung von Wirtschaft und Wohlstand abzuwenden fordern wir die sofortige Beendigung aller Sanktionen gegen Russland. Abstimmungsergebnis BB abgelehnt.